

# Anhang: Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine der DENEFF zum Thema Energieeffizienz zur Bundestagswahl 2017

## 1. Energieeffizienz in der Energiewendepolitik verorten und priorisieren

Die Energiewende klappt nur, wenn wir die Kosten im Griff behalten und das System von Angebot und Nachfrage funktioniert. „Efficiency First“ ist das Zauberwort. Das heißt NICHT Energieeffizienz als Selbstzweck, sondern Gleichrangigkeit mit Investitionen in Erzeugung. Das vermeidet „Stranded Assets“ und führt zu einem volkswirtschaftlichen Kostenoptimum des Energiesystems. Nicht ohne Grund haben sich deshalb sowohl die Bundesregierung als auch die EU-Kommission „Efficiency First“ auf die Fahne geschrieben. Jetzt muss es an die konkrete Umsetzung gehen.


### 1.1. Unterstützen Sie das Prinzip „Efficiency First“? Wie sollte es aus Ihrer Sicht politisch konkret umgesetzt werden?

Partei	Antwort	Wertung
	<p>„Energieeffizienz ist ein entscheidender Baustein für eine erfolgreiche Energiewende. CDU und CSU wollen daher die Programme zur Förderung der Energieeffizienz beibehalten und ggf. nach Bedarf anpassen. Beispielhaft ist hier das KfW-Energieeffizienzprogramm – Produktionsanlagen/-prozesse zu nennen. Zudem versprechen wir uns auch von der steuerlichen Förderung energetischer Gebäudesanierung Impulse für mehr Energieeffizienz.“</p>	Unklar
	<p>„Ja, wir setzen auf einen ausgewogenen Mix aus Verbrauchsreduzierung und Energiebereitstellung aus erneuerbaren Quellen, um ein Systemoptimum zu erreichen. Anforderungen an die energetische Gesamteffizienz von Gebäuden beinhalten ambitionierte Anforderungen an den Wärmeschutz und die Anerkennung moderner Effizienzelemente der Gebäudetechnik (Lüftung mit Wärmerückgewinnung, elektronische Heizungssteuerung und -überwachung, PV-Anlagen zur Trinkwassererwärmung). Die Förderung von Beratung insbesondere für die Sanierung im Gebäudebestand und eine transparente, wenig bürokratische Gesetzgebung sollen die Umsetzung erleichtern.“</p>	Zustimmung
	<p>„Wir Freien Demokraten unterstützen „Efficiency First“ im Sinne der Gleichrangigkeit von Investitionen in Energieeffizienz (gleich welcher Technologie) mit Investitionen in Energieerzeugung. Wir wollen, dass sich Energieeffizienz marktwirtschaftlich durchsetzt, sie ist im Eigeninteresse von Verbrauchern und Unternehmen. Der entscheidende Marktreiber ist dabei für uns ein weltweit gültiger Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen, für den sich Deutschland mit aller Kraft einsetzen soll. Subventionssysteme wie das EEG wollen wir schnellstens abschaffen.“</p>	Zustimmung




<p><b>DIE LINKE.</b></p>	<p>„Ja, wir unterstützen dieses Ziel. Dazu muss, erstens, der Energiebedarf in allen Sektoren deutlich und dauerhaft verringert werden. Soweit möglich und ökonomisch sinnvoll, ist, zweitens, für den verbleibenden Energiebedarf eine direkte Nutzung erneuerbarer Energien in allen Sektoren anzustreben. So natürlich mittels Wind und Sonne produzierten Stroms, der Licht liefert und Elektromotoren in Industrie, Haushalten und Verkehr antreibt. Auch Wärme aus Solarthermie, Geothermie oder Biomasse kann direkt genutzt werden, ohne Umwandlung in Strom. Nur dort, wo direkte Nutzung nicht möglich ist, soll, drittens, Strom auserneuerbaren Quellen für Wärme, Verkehr und Industrie effizient eingesetzt werden. Und zwar vorrangig in Technologien, die mit wenig Strom viele fossile Brennstoffe ersetzen oder der Energiespeicherung dienen.“</p>	<p>Zustimmung</p>
	<p>„Um das Klimaziel zu erreichen, soll die Energiepolitik drei Prinzipien folgen: erstens Energieverschwendung beenden, zweitens die Energienutzung auf effiziente Technologien umstellen und drittens den verbleibenden Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen erzeugen. In diesem Sinn unterstützen wir das Prinzip „Efficiency First“. Um es zur Geltung zu bringen, wollen wir ein Energiespargesetz mit verbindlichen Zielen und Maßnahmen, darunter z. B. die Ausschreibung von Effizienzmaßnahmen im Wärme- und Strombereich. Darüber hinaus wollen wir eine leistungsfähige Bundesstelle für Energieeffizienz für alle Fragen rund um Effizienz und Einsparung schaffen. Im Wärmebereich wollen wir den Quartiersansatz sowie die Beteiligung von Mieter*innen bei der Sanierung erreichen. Dazu haben wir das Aktionsprogramm Faire Wärme entwickelt, mit dem Energieeffizienz, erneuerbare Wärme, Wärmespeicher und die sozial verträgliche Quartierssanierung, koordiniert durch die Kommunen, mit insgesamt 2 Milliarden Euro gefördert werden soll. Zudem wollen wir das Regelungsdickicht vereinfachen und über die Zusammenführung von Energieeinspargesetz (EnEG), Energiesparverordnung (EnEV) und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) das Energiesparrecht auf die Klimaschutzziele von Paris ausrichten.“</p>	<p>Zustimmung</p>

1.2. Halten Sie ein Energieeffizienzgesetz für sinnvoll, um die Energieeffizienzziele gleichrangig mit denen im Bereich der Erzeugung zu verankern?

Partei	Antwort	Wertung
	Siehe 1.1	Unklar
	„Ein Energieeffizienzgesetz, zur Umsetzung der EU-Richtlinie über Energieeffizienz, ähnlich wie das in Österreich, würde in Deutschland die Zusammenführung u.a. von NAPE, einem Teil des KWK-G und entsprechender Berichtspflichten bedeuten. Ob der Aufwand im Verhältnis zum Mehrwert stünde, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Mit dem Gesetz zur Teilumsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie vom 15. April 2015 hat die Bundesrepublik Art. 8 Abs. 4 EED die verpflichtende Durchführung regelmäßiger Energieaudits in großen Unternehmen umgesetzt. Gemäß §§ 8 ff. Energiedienstleistungsgesetz (EDL-G) sind große Unternehmen verpflichtet, erstmals bis zum 5. Dezember 2015 und danach regelmäßig alle vier Jahre ein Energieaudit durchzuführen.“	Unklar, zu prüfen
	„Wir Freien Demokraten sehen in der Energieeffizienz einen Schlüssel zur Reduktion des menschlichen „footprint“ und ein großes Potential im Zusammenhang mit der künftigen Energieversorgung. Jede kWh, die eingespart werden kann, muss nicht erzeugt werden. Daher ist das Ziel der Energieeffizienz für uns sogar vorrangig vor den verschiedenen Optionen zur künftigen Energieerzeugung. Klar ist, dass alle politischen Ziele für Energieeffizienz und -erzeugung nur den Charakter von Richtwerten haben können, wenn wir keine Planwirtschaft einführen wollen. Wir sprechen uns bei beidem gegen nationale deutsche Alleingänge aus und wollen diese beenden, da sie im Weltmaßstab nicht zu messbaren Beiträgen zum Klimaschutz, wohl aber zu ernststen Konsequenzen für Wirtschaft und Verbraucher in Deutschland führen (dazu gehört auch der deutsche Klimaschutzplan). Wir setzen uns aus diesem Grund für eine mindestens europäisch, mittelfristig weltweit abgestimmte Klimapolitik ein. Ob in diesem Lichte ein nationales deutsches Energieeffizienzziel in Gesetzesform verankert werden muss, bleibt zu prüfen.“	Zu prüfen
	„Ja, dies könnte ein Weg sein, um den „schlafenden Riesen“ Energieeffizienz endlich zu wecken.“	Zustimmung



	<p>„Ja. Die von uns angestrebte völlige Umstellung auf erneuerbare Energien erfordert auch eine wirksame Effizienzstrategie. Denn je weniger Energie wir verbrauchen, umso schneller, kosteneffizienter und umweltverträglicher ist die Umstellung auf Erneuerbare möglich. Der Effizienzbereich leidet bislang daran, lediglich auf Freiwilligkeit zu basieren. Zuletzt wurden die bereitgestellten Bundesfördermittel nur zu etwa zwei Dritteln ausgeschöpft. Das liegt auch daran, dass die Verbindlichkeit als wesentlicher Anreiz für Effizienzmaßnahmen fehlt. Das wollen wir durch die Einführung eines Energiespargesetzes mit verbindlichen Zielen und Maßnahmen ändern.“</p>	<p>Zustimmung, aber unklar, was Verbindlichkeit meint (Ordnungsrecht im Bestand z.B. kritisch)</p>
---	--	--




**1.3. Welche weiteren Maßnahmen unterstützen Sie, um die Investitionspriorität für Energieeffizienz zu erhöhen (z.B. Steuerliche Förderung für Gebäudesanierung, Sonderabschreibung für die Industrie)**

Partei	Antwort	Wertung
	<p>Siehe 1.1</p>	<p>Maßnahmen fortführen</p>
	<p>„Energieeffizienzmaßnahmen sollten passgenau auf das Objekt zugeschnitten sein. Daher setzen wir einen Schwerpunkt auf Energieeffizienzberatungen. Maßnahmen des NAPE, wie die Unternehmensinitiative Energieeffizienz-Netzwerk, sollen weitergeführt werden. Eine steuerliche Förderung für Gebäudesanierung kann eine objektbezogene Förderung nicht ersetzen, weil sie nur für bestimmte Einkommensgruppen interessant ist. Derzeit bieten die Preise von Emissionszertifikaten keinen wirtschaftlichen Anreiz für mehr Investitionen in Effizienzmaßnahmen. Im Rahmen der europäischen Emissionshandelsrichtlinie haben wir uns mit der Einführung der Marktstabilitätsreserve für eine Reform des Emissionshandels eingesetzt. Neuregelungen im Rahmen der vierten Handelsperiode werden derzeit diskutiert.“</p>	<p>Schwerpunkt Fortführung</p>
	<p>„Wir Freien Demokraten stehen für eine marktwirtschaftlich erreichte Energieeffizienz. Investitionen in Energieeffizienz müssen sich rechnen, und sie rechnen sich immer. Subventionen sind nachweislich eine teure Belastung für die Volkswirtschaft, die zudem oft (vor allem, wenn bestimmte Technologien bevorzugt werden) zu Fehlallokationen und Ineffizienz führen. Wenn die Investitionstätigkeit in Energieeffizienz politisch stimuliert werden soll, dann sind für uns steuerliche Maßnahmen immer direkten Subventionen oder bürokratischen Maßnahmen (zum Beispiel Vorschriften und Verbote) vorzuziehen.“</p>	<p>Zurückhaltung, vorzugsweise steuerliche Maßnahmen</p>

	<p>„DIE LINKE fordert für die energetische Gebäudesanierung eine Garantie der Warmmietenneutralität. Entsprechend müssen öffentliche Mittel mobilisiert werden, um die Differenzkosten in jenen Fällen zu decken, in denen eine solche Warmmietenneutralität nicht herstellbar ist. So fordern wir die Anhebung der Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung auf mind. 5 Mrd. Euro pro Jahr. Parallel fordern wir eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung (Abzug eines angemessenen Betrages von der Steuerschuld). Ziel ist eine Verdopplung der Sanierungsrate im Gebäudebestand auf zwei Prozent pro Jahr. Um die Investitions-Präferenzen zu Gunsten von mehr Effizienz zu verschieben, wollen wir aber nicht nur Fördern, sondern auch Fordern. Und zwar mit ordnungsrechtlichen Vorgaben zu stufenweise zu erreichenden Effizienz- und CO<sub>2</sub>-Standards auch für den Gebäudebestand. Zudem wollen wir die Effizienz von Produkten erhöhen, in dem das Top-Runner-Prinzip ausgeweitet wird, wie es ja bereits in der EU-Ökodesign-Richtlinie für erste Produkte verankert ist. Ähnliche ordnungsrechtliche Vorgaben halten wir für den Austausch ineffizienter Industriepumpen für sinnvoll. Ein Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise mit Fördermitteln unterstützen und sozial begleiten.“</p>	<p>Breiter Maßnahmenmix, Ordnungsrecht im Bestand jedoch kritisch</p>
	<p>„Wir wollen die Förderung von Energiesparmaßnahmen auf eine breite Basis stellen. Die KfW-Programme wollen wir zielgruppenspezifisch weiterentwickeln und verstetigen. Darüber hinaus befürworten wir die steuerliche Förderung von selbstgenutzten Wohnungen und wollen mit dem Programm „Faire Wärme“ die Kommunen als Akteur für eine sozial- und klimagerechte Quartierssanierung stärken. Für die Industrie planen wir die Begünstigung bei Steuern und Umlagen im Energiebereich an die Durchführung von Effizienzmaßnahmen zu knüpfen. Und nicht zuletzt soll die öffentliche Hand über Effizienzausschreibungen für einen marktwirtschaftlichen Impuls zur Einsparung von Strom und Wärme setzen.“</p>	<p>Breite Maßnahmenmix</p>

#### 1.4. Unterstützen Sie ein verbindliches EU-Energieeffizienzziel von 30 % oder mehr für 2030?



Partei	Antwort	Wertung
	<p>„Die unionsgeführte Bundesregierung hat sich schon 2014 für ein solches Ziel eingesetzt. Wir unterstützen es weiterhin.“</p>	<p>Zustimmung</p>
	<p>„Ja, diese Forderung unterstützen wir.“</p>	<p>Zustimmung</p>

	<p>„Ein gesamteuropäisches politisches Ziel halten wir für sinnvoll.“</p>	<p>Zustimmung</p>
	<p>„DIE LINKE fordert für die EU eine Minderung des Primärenergieverbrauchs bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 2000.“</p>	<p>Zustimmung</p>
	<p>„Wir setzen uns seit vielen Jahren für ein verbindliches EU-Effizienzziel von 40 % ein - so wie vom EU-Parlament bereits im Jahr 2014 beschlossen. Die Dringlichkeit ist mit dem Pariser Klimaabkommen weiter gestiegen.“</p>	<p>Zustimmung</p>

## 2. Qualität und Qualifizierung



Unter zunehmend komplexeren Bedingungen und Wechselwirkungen müssen Energieeffizienzlösungen noch besser umgesetzt werden, um die versprochene Energieeffizienz auch tatsächlich abzuliefern und langfristig sicherzustellen. Das ist wichtig, um das Vertrauen von Energieverbrauchern nicht zu verlieren, staatliche Fördermittel sorgsam zu verwenden und letztendlich die angestrebten Klima- und Energieziele auch wirklich zu erreichen.

### 2.1. Unterstützen Sie eine breite Qualifizierungsoffensive, um den Bedarf an hinreichend qualifizierten Fachkräften zu decken? Wie sollte diese ausgestaltet sein und welchen Schwerpunkt setzen (Aus-/Weiterbildung, Berufsbilder, Gründungen etc.)?

Partei	Antwort	Wertung
	<p>„Es ist gemeinsam mit den Berufsorganisationen zu prüfen, inwieweit vorhandene Qualifizierungsmaßnahmen und Qualitätssicherungskonzepte verstärkt oder anders zugeschnitten werden sollten. Der weitere Ausbau einer fachgerechten und qualitätvollen Energieberatung bleibt auch in Zukunft zentraler Bestandteil unserer Energieeffizienzstrategie.“</p>	<p>Unklar, zunächst Prüfung vorhandener Konzepte</p>
	<p>„Ja, wir unterstützen eine breite Qualifizierungsoffensive. Die Fachkräftesicherung ist das drängendste Problem des Handwerks und vieler mittelständischer Betriebe. In bestimmten Berufszweigen ist es mittlerweile schwierig, Auszubildende zu finden. Daher werden wir unter anderem die Ausbildungs- und Berufsorientierung verbessern, in die Ausstattung der Berufsschulen – auch als Lernwerkstätten für Industrie 4.0-Technologien – investieren, ein Recht auf Weiterbildung einführen, Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen und ein modernes Einwanderungsrecht schaffen.“</p>	<p>Zustimmung</p>

	<p>„Der künftige Bedarf an Fachkräften zieht sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche der Wirtschaft. Wir Freien Demokraten wollen das Problem daher grundsätzlich angehen. Daher ist das Thema „Bildung“ (inklusive Aus- und Weiterbildung) einer der Schwerpunkte unseres Wahlprogramms. Wir setzen uns zum Beispiel für eine Aufwertung und Ausweitung der dualen Ausbildung sowie für eine Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung in Deutschland ein. Wir wollen es auch Gründern einfacher machen, gerade wenn sie Zutaten für innovative Geschäftsmodelle entwickelt haben.“</p>	<p>Zustimmung, jedoch nicht themenspezifisch</p>
	<p>„Ja, wir unterstützen eine solche Offensive. So sollten Energieberater künftig zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Mieterinnen und Mieter nach einer entsprechenden Ausbildung grundsätzlich zertifiziert werden, und auch nur dann die Bezeichnung tragen dürfen. Hier könnte es verschiedene Stufen geben. Von der jetzt schon bestehende Zusatzqualifikation für Meister bis hin zum Berufsbild eines eigenständigen Energieberaters. Sicher werden diese Qualifikationen nach Anwendungsgebiet unterschiedlich ausfallen und zertifiziert werden müssen, so etwa nach Gebäude/Industrie/Kleinkunden und Haushalte. Nur dann, wenn Energieberatung gut ausgebildet und unabhängig von Ausführungsfirmen existiert, wird das Berufsbild Akzeptanz finden und erfolgreich wirken können.“</p>	<p>Zustimmung, allerdings nur bezogen auf Energieberater</p>
	<p>„Wir wollen die Themen Energiesparen und energetische Modernisierung in der Aus- und Weiterbildung zu allen Bau-Berufen und zugehörigen Studiengängen stärker verankern und Gewerke übergreifende Aspekte des Energiesparens im Berufsbildungsgesetz (BBiG) und im Gesetz zur Ordnung des Handwerks (HWO) als verbindliche Lerninhalte einfügen.“</p>	<p>Zustimmung</p>






**2.2. Was erwägen Sie zu tun, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Qualität für Energieberatungen und andere Energieeffizienzdienstleistungen zu stärken?**

Partei	Antwort	Wertung
	<p>Siehe 2.1.</p>	<p>Teilweise Zustimmung, nur Bezug auf Energieberatung</p>
	<p>„Generell ist das Qualifikationsniveau in den Handwerksbetrieben dank des dualen Ausbildungsbildungssystems gut. Betriebe, Berufsschulen und Handwerkskammern, sorgen dafür, dass Handwerkern im Rahmen ihrer Aus- und Fortbildung die erforderlichen Qualifikationen vermittelt werden, um für die Energiewende notwendigen Ein- und Umbauten an Gebäuden vornehmen zu können. Die SPD will durch eine Reihe von Maßnahmen die berufliche Aus- und Fortbildung, insbesondere im Handwerk fördern. So wol-</p>	<p>Zustimmung, nur Bezug auf Energieberatung</p>




	<p>len wir zum Beispiel die Ausstattung der Berufsschulen investieren, ein Recht auf Weiterbildung einführen und Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen. In den letzten Jahren wurden von unterschiedlichsten Bildungsträgern, vornehmlich den Kammern (Ingenieurkammer, Architektenkammer, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, Hochschulen) Weiterbildungsmaßnahmen zum Energieberater etabliert. Wichtigstes Kriterium dieser Bildungsmaßnahmen ist die staatliche Anerkennung des Abschlusses und die damit verbundene Berechtigung zu staatlich geförderten Beratungsleistungen und/oder Nachweisen wie dem Energiebedarfsausweis. Voraussetzung hierfür ist u. a. die Ablegung einer Prüfung, z. B. zum Gebäudeenergieberater oder zum staatlich anerkannten Sachverständigen für Schall- und Wärmeschutz. In den Bundesländern ist die Berechtigung zum Ausstellen von Energiebedarfsausweisen unterschiedlich geregelt. Wir streben eine Vereinheitlichung an, die insbesondere für Energieberater, die in mehreren Bundesländern tätig sind, hilfreich wäre. Einer Änderung der Richtlinie für eine erweiterte Zulassung von Handwerksmeistern zum Gebäudeenergieberater stehen wir offen gegenüber. Bestrebungen, die Anforderungen an einen erfolgreichen Abschluss der 250-stündigen Ausbildung zum Gebäudeenergieberater (HWK) aufzuweichen, stehen wir ablehnend gegenüber. Es würde der steigenden Komplexität der Anforderungen nicht gerecht.“</p>	
	<p>„Eine qualifizierte Beratung kann hilfreich sein und Einsparungspotentiale deutlicher machen. Ein überwiegend staatlich finanzierter Sektor für Beratungsdienstleistungen ist jedoch ebenso wenig eine dauerhafte Lösung, wie subventionierte Märkte für Handwerker und Industrie. Aus unserer Sicht sollten keine bürokratischen Einschränkungen hinsichtlich des Berufsbildes "Energieberater" gemacht werden, es spricht nichts gegen Beratung durch Fachleute unterschiedlichster Herkunft aus Handwerk, Technik und Ingenieurwesen. Der mündige Kunde sollte und kann sich durch Referenzen und persönlichen Eindruck ein Bild von der Qualifikation des Beraters und der Qualität der Dienstleistung machen. Ob gesetzliche Rahmenbedingungen zu ändern sind, bleibt mit dem frei-demokratischen Ziel „möglichst wenig Bürokratie, möglichst freie Entfaltung“ im Auge zu prüfen.“</p>	<p>Zustimmung, nur Bezug auf Energieberatung</p>
	<p>„Bei entsprechenden gesetzlichen Änderungen werden wir auf Unabhängigkeit und gute Qualifikation der (zukünftigen)Energieberater drängen.“</p>	<p>Zustimmung, nur Bezug auf Energieberatung</p>
	<p>„Die von uns geplante Bundesstelle für Energieeffizienz wollen wir zum zentralen Akteur zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen und einem von der Energiewirtschaft unabhängigen Kompetenzzentrum ausbauen. Sie soll als Ansprechpartnerin über alle Fragen zum Energiesparen und zu den Förderprogrammen Auskunft geben. Hier sollte auch die Weiterentwicklung von Qualitätssiegeln für die Energiesparberatung angesiedelt werden.“</p>	<p>Zustimmung, nur Bezug auf Energieberatung</p>



2.3. Planen Sie weitere qualitätssichernde Maßnahmen (Produkte, Dienstleistungen) und wenn ja welche?

Partei	Antwort	Wertung
	Siehe 2.1.	Unklar
	„Derzeit nicht. Anpassungsbedarf wird sich auf der Grundlage von Evaluierungsergebnissen hinsichtlich bestehender Gesetze und Verordnungen ergeben.“	Keine
	„Derzeit sind keine geplant.“	Keine
	„Bislang nicht.“	Keine
	„Existierende Energie- und Klimaschutzagenturen sowie Beratungsangebote z.B. von Verbraucherzentralen, Diakonie oder Caritas sollen ebenso finanziell unterstützt werden wie der Aufbau neuer regionaler Energieberatungsagenturen in unterversorgten Regionen.“	Einzelne Maßnahmen

2.4. Befürworten Sie ein Aufweichen oder gar die Abschaffung eingeführter Standards (z.B. EnEV, Ökodesign-Verordnungen)? [Ablehnung wird hier positiv gewertet]


Partei	Antwort	Wertung
	„Nein. Mit den bestehenden Standards sollten zunächst ausreichend praktische Erfahrungen gesammelt werden. Für zukünftige Weiterentwicklungen ist vor allem die Wirtschaftlichkeit im Blick zu behalten.“	Ablehnung
	„Nein, ein Aufweichen oder Abschaffen werden wir nicht befürworten, aber wir streben eine Überprüfung der Handhabbarkeit im Sinne von Transparenz und möglichst wenig bürokratischem Aufwand an (siehe auch 3.2).“	Ablehnung
	„Für uns Freie Demokraten macht es wenig Sinn, mit kaum koordinierten Vorschriften und Gesetzen auf unterschiedlichsten Spezialgebieten national die letzten Prozente an Effizienzsteigerungen zu erzwingen, um international als Vorreiter zu gelten. Dabei kommt es dann oft auch zu ernststen Zielkonflikten, zum Beispiel	Unklar





	<p>dem Erschweren des Bauens von kostengünstigem Wohnraum infolge der durch hohes deutsches Vorschriftenniveau deutlich gestiegenen Baukosten.</p> <p>Überzogene Vorschriften halten Hausbesitzer und Unternehmer zudem letztlich oft sogar von sinnvollen Teilmaßnahmen ab und schaffen neue Bürokratie und ungerechtfertigte Belastungen. Die Energieeinsparverordnung (EnEV), die dringend überarbeitet werden muss, ist darauf ausgerichtet, jede technisch mögliche Maßnahme auch vorzuschreiben, was besonders bei Bestandsbauten zu untragbaren Belastungen führen kann. Neue Verbote und Belastungen sind darüber hinaus bereits durch die Ökodesignrichtlinie (ErP) der EU beschlossen worden. Wir Freien Demokraten fordern dagegen: Private Haushalte, Immobilienbesitzer und Unternehmen müssen in ihren Entscheidungen über Investitionen in Energieeffizienz frei bleiben.</p> <p>Staatliche regulative Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sind kein Ersatz für marktkonforme Steuerungsinstrumente wie beispielsweise einen funktionierenden Emissionshandel. Wir Freien Demokraten setzen auch beim Thema Energieeffizienz auf die Anreize der Wirtschaftlichkeit und vernünftiges, eigenverantwortliches Handeln von Unternehmen und privaten Haushalten.“</p>	
	<p>„Nein, das befürworten wir nicht. Bei zielführender Ausgestaltung ist die EnEV mit dem EEWärmeG in einem Gebäudeenergiegesetz zu verschmelzen.“</p>	<p>Ablehnung</p>
	<p>„Nein. Wir wollen die EnEV mit EEWärmeG zusammenlegen und die Regelungen vereinfachen, die Energiestandards für Neubauten nach dem „KfW 40-Haus“ ausrichten und die Nutzung erneuerbarer Wärme beim Ersatz der alten Heizung verbindlich auch im Gebäudebestand machen.“</p>	<p>Ablehnung, Ordnungsrecht im Bestand jedoch kritisch</p>

### 3. Ergebnisse im Fokus

Die Bundesregierung hat sich ambitionierte Ziele gesteckt – z. B. Halbierung des Gesamtenergieverbrauchs bis 2050. Die politischen Instrumente aber sind nicht so gestaltet, dass sie auf diese Ziele direkt einzahlen. Ein Paradigmenwechsel muss eingeleitet werden: Messbare Effizienzerfolge müssen belohnt und langfristig gesichert, nachweisliche Energieverschwendungen verhindert werden. Wesentlich ist das Ergebnis, nicht die Technologie.


#### 3.1. Unterstützen Sie das Ziel, die Förderstrategie im Bereich Energieeffizienz verstärkt an messbaren Ergebnissen auszurichten und/oder ergebnisorientierte Förderansätze auszuweiten (z.B. wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz (auch im Wärmesektor), Pilotprogramm Einsparzähler)?

Partei	Antwort	Wertung
	<p>„Die Wirtschaftlichkeit von Fördermaßnahmen steht bei uns im Vordergrund. Dies beinhaltet auch, dass die Ergebnisse evaluiert werden. Dies werden wir auch im Bereich Energieeffizienz weiterhin tun.“</p>	<p>Evaluierung im Fokus</p>

	„Ja, das unterstützen wir.“	Zustimmung
	„Wenn denn staatliche Förderungen ausgereicht werden sollen (was für uns Freie Demokraten nicht im Zentrum der Agenda steht), dann sollten diese sich in der Tat technologieneutral am tatsächlich erzielten Ergebnis der Maßnahme orientieren.“	Zustimmung
	„Ja, wir würden solche Ansätze unterstützen, sofern sie tatsächlich ergebnisorientiert und fair ausgestaltet sind.“	Zustimmung
	„Ja. Wir wollen die bisher sehr kleinen und bürokratischen Ausschreibungen erweitern und realitätstauglich und zielgenau ausrichten. Künftig sollen für die Ausschreibungen im Wärme- und Strommarkt nach unserer Vorstellung 800 Mio. Euro jährlich bereitgestellt werden. Zudem wollen wir die Wirksamkeit der Maßnahmen über die von uns vorgeschlagene neue Bundesstelle für Energieeffizienz regelmäßig evaluieren lassen.“	Evaluierung, Erweiterung von wettbewerblichen Ausschreibungen

**3.2. Setzen Sie sich für eine Vereinfachung und Verzahnung von Förderangeboten ein? Wenn ja, wie sollte diese aussehen?**

Partei	Antwort	Wertung
	„Die Straffung von Förderangeboten ist eine permanente Aufgabe, der wir auch in der folgenden Legislaturperiode nachkommen wollen.“	Zustimmung
	„Ja, im Sinne einer besseren Handhabbarkeit wollen wir die geplante Zusammenführung der Regelwerke von Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) und Energieeinsparungsgesetz/Energieeinsparverordnung (EnEG/EnEV) in einem neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG) wieder aufnehmen. Durch die Vereinheitlichung sollen Anwendung und Vollzug deutlich vereinfacht und erleichtert werden (u.a. Bürokratieabbau). Außerdem arbeiten wir an einer besseren Verzahnung mit den KfW-Förderprogrammen und den Landesprogrammen.“	Zustimmung
	„Wir wollen den Wildwuchs an Förderprogrammen, Ver- und Geboten radikal beseitigen und diese künftig so gering wie möglich halten.“	Zustimmung
	„Diese Frage kann man eigentlich nicht anders als mit JA beantworten. Im Detail wird es aber meist schwierig. Die erforderliche detaillierte Erörterung würde aber den Rahmen dieser Antwort sprengen. Deswegen belassen wir es an dieser Stelle bei dieser zugegebenermaßen oberflächlichen Feststellung.“	Zustimmung

	<p>„Das Wirtschafts- und Energieministerium zielt mit seinen Energiesparprogrammen völlig an den Bedürfnissen der Energieverbraucher vorbei: Ein Drittel der Gelder für Energieeffizienz, also 800 Millionen Euro, wurden 2016 nicht vergeben. Ein Grund dafür ist der hohe bürokratische Aufwand und die komplexen Zuschnitte der Programme. Wir wollen den Förderdschengel auf den Prüfstand stellen und ihn auf die Zielerreichung sowie die jeweiligen Zielgruppen neu ausrichten.“</p>	<p>Zustimmung</p>
---	---	-------------------

**3.3. Sollten Energiepreisrabatte für energieintensive Unternehmen (z.B.: bei EEG, Energie- und Stromsteuer, Netzentgelten) an einen Energieeffizienznachweis geknüpft werden (z.B. über Energieeffizienzkennzahlen und Benchmarks)?**

Partei	Antwort	Wertung
	<p>„Die Anwendung von Effizienzbenchmarks ist schwierig, da die Prozesse je nach Unternehmen sehr unterschiedlich konfiguriert sind und die Vergleichbarkeit damit schwierig ist.“</p>	<p>Unklar</p>
	<p>„Mit dem Gesetz zur Teilumsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie vom 15. April 2015 hat die Bundesrepublik Art. 8 Abs. 4 EED die verpflichtende Durchführung regelmäßiger Energieaudits in großen Unternehmen umgesetzt. Gemäß §§ 8 ff. Energiedienstleistungsgesetz (EDL-G) sind große Unternehmen verpflichtet, erstmals bis zum 5. Dezember 2015 und danach regelmäßig alle vier Jahre ein Energieaudit durchzuführen.“</p>	<p>Unklar</p>
	<p>„Wir Freie Demokraten befürworten transparente Benchmarks als Teil des Wettbewerbs. Wir wollen aber die EEG-Subventionen beenden und die überkomplexen Vergütungs- und Umlagesysteme marktwirtschaftlich, transparent und verständlich gestalten, sodass bald keine Sonderregelungen mehr notwendig sind. Gerade die energieintensiven Unternehmen haben per se ein hohes Eigeninteresse an Energieeffizienz.“</p>	<p>tendenzielle Zustimmung</p>
	<p>„Ja, unbedingt. Das fordert DIE LINKE seit Jahren – zusammen mit der Reduzierung der Industrierabatte auf ein unbedingt erforderliches Maß.“</p>	<p>Zustimmung</p>
	<p>„Ja. Bisläng erhalten Unternehmen Privilegien nur, wenn ihr Energieverbrauch über einer bestimmten Jahresmenge liegt. Das reizt Energieverschwendung geradezu an. Wir beabsichtigen, diese widersinnige Regelung zu ändern und energiebezogene Subventionen für Unternehmen an die Umsetzung von Effizienzmaßnahmen zu binden.“</p>	<p>Zustimmung, Umsetzung sollte aber an Wirtschaftlichkeit gekoppelt sein</p>

3.4. Beabsichtigen Sie eine Verbesserung von Verbrauchsinformationen, Energieausweisen oder andere Transparenzsteigernde Maßnahmen? Wenn ja, wie/welche?

Partei	Antwort	Wertung
	„Derzeit sind hier keine Änderungen geplant.“	Ablehnung
	„Wir halten den Energieausweis für Gebäude für ein geeignetes Instrument, um Energieeffizienz im Gebäudesektor einen Marktwert zu geben. Die Erfahrungen hinsichtlich der Praxistauglichkeit des Energieausweises wollen wir als Grundlage für eine Anpassung des Energieausweises nutzen.“	Zustimmung, jedoch nur zu Energieausweis
	„Für uns Freie Demokraten sind Transparenz und Nachvollziehbarkeit wichtige Voraussetzungen für Wettbewerb. Daher werden wir alle sinnvollen Initiativen in dieser Richtung unterstützen, wenn sie nicht neue Bürokratie erzeugen oder wettbewerbsrelevante Unternehmensinformationen öffentlich machen.“	Zustimmung
	„Ja, die Energiekennzeichnung sollte künftig auf unabhängigen Untersuchungen beruhen, und nicht auf den meist geschönten Werten der Hersteller. Die Energieausweise sollten soweit wie möglich auf objektivierten Werten basieren, also Verbraucherverhalten ausschließen. So sollte der Energiebedarfsausweis den Energieverbrauchsausweis im Gebäudesektor ablösen.“	Zustimmung, jedoch nur in Bezug auf Energieausweis und Energiekennzeichnung (nicht effizienzrelevant)
	„Ja. Wir wollen Gebäude-Energieausweise als Informationsquelle zu Energiestandards aufwerten. Sie sollen verbraucherfreundlich vereinheitlicht und aussagekräftiger gemacht und um gebäudeindividuelle Sanierungsfahrpläne ergänzt werden. Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin für die Umsetzung eines europäischen Top-Runner-Modells ein, das dafür sorgt, dass energiesparende Geräte sich besser am Markt durchsetzen.“	Zustimmung zu Energieausweis und aussagekräftigem Sanierungsfahrplan

#### 4. Digitalisierung

Viele Energieeffizienzpotenziale werden nicht realisiert, obwohl sie aus Investitionssicht wirtschaftlich sind. Das liegt an den versteckten Transaktions-, Opportunitäts- und Risikokosten, denn der Markt ist kleinteilig und intransparent. Digitalisierung bietet hier enorme Chancen, diese Kosten zu senken und damit attraktivere Geschäftsmodelle für die eingesparte Kilowattstunde zu schaffen.



##### 4.1. Unterstützen Sie die Nutzung von Daten und digitale Kanälen, um Politikinstrumente zu verbessern (Vereinfachung von Anträgen und Nachweisen, Erfolgs- und Vollzugskontrolle)?

Partei	Antwort	Wertung
	„Ja. Deutschlands öffentliche Verwaltung soll in Bund, Ländern und Kommunen eine der bürger- und anwenderfreundlichsten öffentlichen Verwaltungen Europas werden. Dabei gelten aber selbstverständlich die datenschutzrechtlichen Bestimmungen.“	Zustimmung
	„Ja. Unnötige Bürokratie werden wir abschaffen. Unternehmen sollen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können und nicht auf das Ausfüllen von Formularen. Wir werden Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien. Ein gutes Beispiel für Bürokratieentlastung und Investitionserleichterung ist die von uns durchgesetzte Erhöhung der steuerlichen Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter. Die meisten Behördengänge sollen sich in Zukunft auch online erledigen lassen. Daher wollen wir für eine schnelle Umsetzung der Digitalisierung in der Verwaltung sorgen.“	Zustimmung
	„Ein unkomplizierter Staat nutzt alle Möglichkeiten, die sich durch die Digitalisierung bieten, um für seine Bürgerinnen und Bürger schneller, anwendungsfreundlicher und günstiger zu werden. Damit wollen wir Freien Demokraten endlich loslegen. Dann werden auch die Chancen des e-Government genutzt werden können.“	Zustimmung
	„Wir unterstützen dies nur dort, wo es Sinn macht. Großverbraucher und Erzeuger müssen beispielsweise Smart Meter erhalten, keine Frage. Es ist aber der falsche Weg, auch bei durchschnittlichen Haushalten und Kleinsterzeugern auf einen Zwangseinbau von Smart Metern zu setzen. Denn in diesen Segmenten helfen sie nicht bzw. kaum beim Sparen von Energie, und erst recht nicht von Kosten. Zudem gibt es erhebliche Datenschutzbedenken. Deshalb sollten Verbraucherinnen und Verbraucher selber entscheiden können, ob sie dem Einbau digitaler Stromzähler zustimmen. Nach dem von Union und SPD beschlossenen Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende könnten Netzbetreiber oder Vermieter den Einbau aber auch ohne ihre Zustimmung veranlassen, das lehnen wir ab.“	Zustimmung mit Vorbehalt
	„Wir fordern seit längerem den effektiven Ausbau des E-Government und haben dazu Anträge im Bundestag vorgelegt. Neben erheblichen Effizienzpotentialen für die Wirtschaft geht es auch um Bürgernähe und Erleichterungen in der Abwicklung behördlicher Kontakte. Eine kohärente Open- und E-Government-Strategie ist	Zustimmung

	<p>dringend nötig. Wir fordern u.a. eine ressortübergreifende Zusammenarbeit, Vorrang der digitalen Verfahrensabwicklung (Digital-by-Default) bei gleichzeitiger Barrierefreiheit, unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben einen automatisierten Austausch für bereits im Behördenbestand befindlicher Daten und Informationen (Once-only-Prinzip). Zudem setzen wir uns für die Einhaltung höchster Datenschutz- und Datensicherheitsstandards im Umgang mit personenbezogenen Daten ein, damit die Bemühungen nicht an fehlender Akzeptanz scheitern.“</p>	
--	---	--

#### 4.2. Was planen Sie zu tun, um eine digitale Infrastruktur als Grundlage für neue Energieeffizienzmodelle zu schaffen?


Partei	Antwort	Wertung
	<p>„Wir schaffen die „Gigabit-Gesellschaft“. Deutschland soll das Land sein, in dem Daten in Echtzeit überall und für alle verfügbar sind: in Stadt und Land sowie für alle absehbaren Anwendungen – auch für den Energiebereich. Hierzu werden wir den flächendeckenden Ausbau von modernsten Glasfasernetzen vorantreiben und bis 2025 realisieren. Deutschland und Europa müssen zudem Leitmarkt für den neuen 5G-Mobilfunk werden. Diese neue Mobilfunkgeneration ermöglicht Datenübertragung in Echtzeit. 5G wird damit die Schlüsseltechnologie der digitalen Transformation. Wir schaffen die Voraussetzungen für den Ausbau bereits bis 2020 und werden ihn bis 2025 zum Abschluss bringen. Dazu schaffen wir ein investitionsförderndes Umfeld und treiben den Glasfaserausbau zur Anbindung von 5G-Basisstationen voran.“</p>	<p>Nicht Energieeffizienz-spezifisch</p>
	<p>„Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende hat hierfür die Grundlage geschaffen. Die Energiewende braucht ein intelligentes Stromnetz und intelligente Zähler. Digitales Energiemanagement verbessert die Kommunikation zwischen Erzeugern, Versorgern und Kunden.“</p>	<p>Nicht / nur teilweise für Energieeffizienz relevant</p>
	<p>„Wir wollen die digitale Infrastruktur – privater und staatlicher Stellen – auf den neuesten Stand der Technik bringen und effektiv schützen. Wir Freie Demokraten wollen überall in Deutschland hochleistungsfähiges Internet durch flächendeckende Gigabit-Infrastrukturen sowohl im Festnetz als auch beim Mobilfunk. Glasfaser überträgt Daten deutlich schneller als die weit verbreiteten Kupferkabel. Selbst wenn Kupferkabel mittels des sogenannten Vectoring nachgerüstet werden, erreichen sie nicht annähernd die Übertragungsgeschwindigkeit von Glasfaser. Der Ausbau soll in Regions-Clustern ausgeschrieben werden, sodass ein Ausbau auch im ländlichen Raum attraktiv ist. Alle Provider müssen Kapazitäten auf neuen Glasfaserleitungen mieten können. Dies ermöglicht echten Wettbewerb bis an die Grundstücke bei gleichzeitiger Finanzierung über die kommenden Jahrzehnte.“</p>	<p>Nicht Energieeffizienz-spezifisch</p>

	<p>„Dazu gibt es derzeit noch unterschiedliche Positionen in der LINKEN in einem Spannungsfeld von Effizienz, Effektivität, Risiken und Potenzialen der neuen Geschäftsfelder sowie Datenschutz. Wir befinden uns daher noch in einem Diskussionsprozess ohne abgeschlossene Positionierung.“</p>	Keine Position
	<p>„Wir bringen Digitalisierung voran. Damit die Zukunft nicht nur in den Großstädten stattfindet, wollen wir in den nächsten vier Jahren 75 Prozent der Haushalte mit Glasfaser-Technologie ausstatten. Zudem soll das Rollout von digitalen Stromzählern insbesondere in Unternehmen forciert werden.“</p>	Nicht / nur teilweise Energieeffizienzrelevant

**4.3. Unterstützen Sie eine gezielte Förderung einer Industrialisierung 4.0 der Bauwirtschaft?  
Wenn ja, wie?**

Partei	Antwort	Wertung
	<p>„Deutschland ist heute weltweit führend bei der Vernetzung von Maschinen und Menschen im Bereich der industriellen Produktion (Industrie 4.0). Diesen Vorsprung wollen wir ausbauen und auf alle Bereiche ausdehnen. Es ist deshalb insgesamt und auf Basis der Evaluierung bestehender Fördermaßnahmen zu prüfen, ob die Fördermöglichkeiten im Bereich Industrie 4.0 angepasst werden sollten.“</p>	Zu prüfen
	<p>„Ja, es beginnt mit elektronischen Ausschreibungen geht über die Baustellenlogistik bis hin zu den Kundenbeziehungen. Mit dem wirtschaftspolitischen Programm „Innovationsmotor Mittelstand“ werden wir unsere mittelständischen Unternehmen im Wandel unterstützen. Wir werden die Ausbildungs- und Berufsorientierung verbessern, in die Ausstattung der Berufsschulen – auch als Lernwerkstätten für Industrie 4.0-Technologien – investieren, ein Recht auf Weiterbildung einführen und Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen.“</p>	Zustimmung
	<p>„Wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen bietet die Digitalisierung auch in der Bauwirtschaft Herausforderungen und Chancen für mehr Effizienz und neue Geschäftsmodelle. Zu allererst müssen sich die Unternehmen dieser Herausforderung stellen. Die Politik kann durch Förderung von Forschung und Entwicklung, günstige Rahmenbedingungen für Gründer sowie der Sicherstellung eines Top-Niveaus bei der Bildung in Schulen, Hochschulen und Berufsschulen flankierend unterstützen. Das wollen wir Freien Demokraten tun, um die für die Digitalisierung notwendigen Fachkräfte zu sichern.“</p>	Zustimmung
	<p>„Dazu haben wir gegenwärtig keine abschließende Position (s.o.).“</p>	Keine Position



	<p>„Durch Digitalisierung können wir vieles in der Wirtschaft viel ökologischer machen und zu einer ökologischen Mobilitäts- und Energiewende beitragen. Um die Energieeffizienz zu verbessern, werden wir die Bauwirtschaft gezielt unterstützen. Bits und Bytes können Energie- und Materialbedarf reduzieren. Doch hierfür bedarf es höchster Datensicherheits- und Verbraucherschutzstandards. So schaffen wir zukunftssichere Arbeitsplätze, sowie neue Geschäftsmodelle und schützen unsere Lebensgrundlagen.“</p>	<p>Zustimmung</p>
---	--	-------------------

**4.4. Unterstützen Sie eine Förderung von digitalem Energiemanagement in Unternehmen (auch als ein Einstieg in Industrie 4.0)?**

Partei	Antwort	Wertung
	<p>Siehe 4.3.</p>	<p>Zu prüfen</p>
	<p>„Ja, digitales Energiemanagement wird an den Hochschulen auch berufsbegleitend angeboten. Die Schwerpunkte des Studiums liegen in den Bereichen dezentrale Energieerzeugung, kommunale und nachhaltige Energieversorgung, Verbrauchsplanung, Nachfragesteuerung, Messdatenmanagement, Abrechnungsmanagement neuer flexibler Tarife etc. Ebenso erwerben Studenten energierechtliches sowie betriebswirtschaftliches Know-how in den Bereichen Management, Führung und Marketing. Wenngleich die Studiengänge i.d.R. auf Energieunternehmen, Forschungsinstitute und Behörden ausgerichtet sind, werden wir eine Anpassung des Curriculums für Unternehmen unterstützen.“</p>	<p>Zustimmung, als Teil von Hochschulcurricula</p>
	<p>„Digitale Techniken können Energiemanagement effizienter und erfolgreicher machen. Viele Unternehmen nutzen die ständig besseren Möglichkeiten seit Jahren und passen ihre Prozesse an die Möglichkeiten der Technik an.“</p>	<p>unklar</p>
	<p>„Dazu haben wir gegenwärtig keine abschließende Position (s.o.).“</p>	<p>Keine Position</p>
	<p>„Ja, wir unterstützen eine solche Förderung. Innerhalb der Förderprogramme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, befürworten wir die Aufstockung der Mittel für Innovationsberatungen. Diese dienen auch der Förderung von Energiemanagementberatungen unter Berücksichtigung digitaler Lösungen in Unternehmen.“</p>	<p>Zustimmung</p>